

Haushaltssatzung

des Zweckverbandes „Warendorfer Bauernfriedhof“ für das Haushaltsjahr 2009

Aufgrund der §§ 18 Abs. 1 und 19 Abs. 2 des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit in der Fassung der Bekanntmachung vom 01. Oktober 1979 (GV NRW S. 621), zuletzt geändert durch GO-Reformgesetz vom 09. Oktober 2007 (GV NRW S. 380), in Verbindung mit den §§ 78 ff. der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen, in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV NRW S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. Juni 2008 (GV NRW S. 514) und des § 13 Abs. 2 der Zweckverbandssatzung vom 28. Dezember 1970 hat die Zweckverbandsversammlung „Warendorfer Bauernfriedhof“ am 14.07.2009 folgende Haushaltssatzung beschlossen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2009, der die für die Erfüllung der Aufgaben des Zweckverbandes voraussichtlich anfallenden Erträge und entstehenden Aufwendungen sowie eingehenden Einzahlungen und zu leistenden Auszahlungen und notwendigen Verpflichtungsermächtigungen enthält, wird

im Ergebnisplan mit

dem Gesamtbetrag der Erträge auf	20.135,00 EUR
dem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	20.010,00 EUR

im Finanzplan mit

dem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	23.135,00 EUR
dem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	19.960,00 EUR
dem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitions- und Finanzierungstätigkeit auf	0,00 EUR
dem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitions- und Finanzierungstätigkeit auf	0,00 EUR

festgesetzt.

§ 2

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme für Investitionen erforderlich ist, wird auf

festgesetzt. 0,00 EUR

§ 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen, der zur Leistung von Investitionsauszahlungen in künftigen Jahren erforderlich ist, wird auf:

festgesetzt. 0,00 EUR

§ 4

Die Ausgleichsrücklage und die allgemeine Rücklage werden zum Ausgleich des Ergebnisplanes nicht verringert.

§ 5

Der Höchstbetrag der Kredite, die zur Liquiditätssicherung in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf

festgesetzt. 0,00 EUR

§ 6

Die Verbandsumlage wird auf 1.585,00 EUR festgesetzt und von den verbandsangehörigen Städten nach dem in der Verbandssatzung festgelegten Verteilerschlüssel wie folgt aufgebracht:

• Stadt Warendorf	83%	=	1.315,00 EUR
• Stadt Sassenberg	17%	=	270,00 EUR

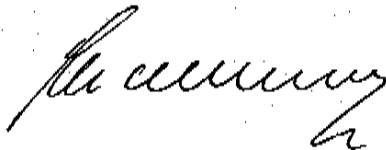
§ 7

(entfällt - Haushaltssicherungskonzept)

§ 8

Gemäß der §§ 20 und 21 GemHVO dienen die Erträge/Einzahlungen der Deckung von Aufwendungen/Auszahlungen (Grundsatz der Gesamtdeckung) und werden die Erträge/Einzahlungen sowie Aufwendungen/Auszahlungen zu einem Budget mit gegenseitiger Deckungsfähigkeit verbunden (Bildung von Budgets).

Warendorf, den 28.04.2009
Aufgestellt



(Schulze Althoff)

Warendorf, den 28.04.2009
Festgestellt



(Walter)
Zweckverbandsvorsteher

Bekanntmachungsanordnung

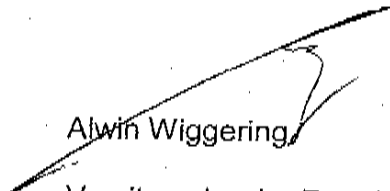
Vorstehende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2009 wird hiermit aufgrund § 8 der Verordnung über die öffentliche Bekanntmachung von kommunalem Ortsrecht vom 26.08.1999 und § 15 der Satzung des Zweckverbandes „Warendorfer Bauernfriedhof“ vom 28.12.1970 und der 2. Änderungssatzung vom 13.12.1989 öffentlich bekannt gemacht.

Die nach § 19 Abs. 2 des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit erforderliche Genehmigung der in § 5 festgesetzten Verbandsumlage ist vom Landrat als untere staatliche Verwaltungsbehörde mit Verfügung vom 31.07.2009 erteilt worden.

Es wird darauf hingewiesen, dass eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NW) beim Zustandekommen dieser Satzung nach Ablauf eines Jahres seit ihrer Verkündung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren nicht durchgeführt wurde,
- b) diese Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) der Zweckverbandsvorsteher hat den Satzungsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber dem Zweckverband vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Warendorf, 06.08.2009


Alwin Wiggering

Vorsitzender der Zweckverbandsversammlung
„Warendorfer Bauernfriedhof“